Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 36 mm breite Zeile kostet 0.30 Reichsmark, für auswärts 0.35 Reichsmark. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 1.50 Reichsmark, für auswärts 2.00 Reichsmark. – Die Briefgebühr für Buchstabenangebote beträgt 0.10 Reichsmark. – Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 R.-Mark. Bestellung für Monat Februar 2.00 Reichsmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich 135 Kc. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich 0.90 Reichsmark, nach dem Ausland 1.30 Reichsmark. Einzelnummer 10 R.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27951, 27952, 27953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 28 | Donnerstag, 3. Februar 1927 | XXXV. Jahrg.

Deutschnationale Angriffe auf Stresemann

Wachsendes Mißvergnügen unter den Regierungsparteien – 34 von 88 Befestigungen im Osten werden zerstört

Kanton verlangt vor Abschluß eines Vertrags mit England Zurückziehung der Besatzung von Schanghai

Der erste Störungsversuch

B. Berlin, 2. Februar. (Eig. Drahtbericht)

Im „Lokalanzeiger" wurde gestern abend Dr. Stresemann erneut sehr heftig angegriffen. Das deutschnationale Blatt protestiert gegen die Beschlußfassung des Rumpfkabinetts am Montag in der Frage der Ostfestungen. Dadurch habe Dr. Stresemann die Deutschnationalen vor vollendete Tatsachen stellen wollen. Die Deutschnationalen müßten eine Verantwortung für diesen Beschluß ablehnen. Dann fährt das Blatt fort:

„Im Reichstag ist mit großer Bestimmtheit das Gerücht aufgetreten, Herr Dr. Stresemann habe bei der nun endlich glücklich abgeschlossenen Krise erklärt, mit Graef und Hergt könnte er nicht in einem Kabinett zusammen arbeiten. Wird man den Dementierapparat, wie üblich, in Bewegung setzen? Vielleicht. Auf jeden Fall aber wird Stresemann mit einem der beiden Herren jetzt zusammen zu arbeiten haben. Wir zweifeln nicht daran, daß er es als Pflicht empfindet, in voller Loyalität mit ihnen zusammen zu arbeiten. Dann muß er sich aber vor Augen halten, daß die Struktur des Reichskabinetts für die Selbstherrlichkeit eines Ministers auf seinem Arbeitsgebiet keinen Raum hat. Die Politik des Kabinetts wird geleitet vom Reichskanzler; gleichfalls nicht selbstherrlich, sondern im Einklang mit der Meinung seiner Ministerkollegen. Sie wird nicht, auf keinem Gebiete, geleitet von einem Fachminister, der der Federführende, der Ausführende, der Verhandelnde, aber nicht der Bestimmende ist."

Die mißvergnügte Stimmung im Lager der zwei Koalitionsparteien ist durch einen Angriff des „Lokalanzeigers" noch erheblich verschlechtert worden. Die „Tägliche Rundschau" erwidert heute höchst gereizt: zum mindesten solle der „Lokalanzeiger" seine Anklagen gegen das Gesamtkabinett und ferner nicht nur gegen die Volkspartei, sondern auch gefälligst gegen die Zentrumsfraktion richten.

„Die Ignorierung des tatsächlichen Sachverhalts", fährt das Blatt fort, „die nur zu dem Zweckerfolgte, um den Außenminister zu verdächtigen, wird jedenfalls nur die Wirkung haben, Verstimmungen, die in der Deutschen Volkspartei nach den Vorgängen in den letzten Wochen schon reichlich genug vorhanden sind, noch zu verstärken, dient also jedenfalls nicht dem vom „Lokalanzeiger" ausgesprochenen Wunsche nach Sicherung der Zukunftsmöglichkeiten der neuen Koalition."

Dieser Wink ist deutlich. Im übrigen wird die Behauptung des Hugenberg-Blattes, daß der Außenminister es abgelehnt habe, mit den Herren Hergt oder Graef zusammenzuarbeiten, dahin korrigiert, **Dr. Stresemann habe dem Reichskanzler seine außenpolitischen Bedenken gegen eine Zusammensetzung des Kabinetts zum Ausdruck gebracht, wie sie sich aus der gleichzeitigen Ernennung der Herren Hergt und Graef ergeben hätten.** Die „Deutsche Zeitung" aber behauptet, über diese Vorgänge besser unterrichtet zu sein. Dr. Stresemann, so will sie von „unbedingt zuverlässiger Seite" erfahren haben, sei der „Vater aller Hindernisse" gewesen. Er habe sogar sein Verlangen nach der Ausschaltung der deutschnationalen Ministerkandidaten Hergt und Graef so weit getrieben, daß er sein Amt hätte zur Verfügung stellen wollen, wenn seinem Verlangen nicht Rechnung getragen würde.

Man darf in der Tat nach dieser Ouvertüre auf das Debüt des Kabinetts vor dem Reichstag einigermaßen gespannt sein. Werden die Regierungsparteien bei diesem ersten Auftreten ihren heutigen Streit etwa auf den Markt tragen? Man muß nach dem, was man in diesen Tagen staunend erlebte, auf allerhand gefaßt sein, und man möchte vorläufig noch bezweifeln, ob, wie das „B. T." behauptet, die neuen Regierungsparteien am Donnerstag sich in der Tat auf die Abgabe einer gemeinsamen Erklärung beschränken werden.

Hugenbergs Bombenwurf

Der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, Dr. Rudolf Schneider, sprach gestern in Dresden über die augenblickliche politische Lage. In seiner Rede übte er eine ziemlich scharfe Kritik an der Entstehungsart und Zusammensetzung des neuen Kabinetts und sprach sich über seine Aussichten und seine voraussichtliche Lebensdauer recht skeptisch aus. Diese Rede (unsre Leser finden sie an andrer Stelle dieses Blattes) einer so klar sehenden und weit über die Grenzen seiner eigenen Fraktion hinaus auch von sachlichen Gegnern geschätzten und geachteten Persönlichkeit beweist, wie stark das Mißvergnügen und die Besorgnis in weiten Kreisen der Volkspartei gestiegen sind über „die herrlichen Zeiten", denen Herr Dr. Scholz seine Fraktion entgegengeführt hat. Das gelobte Land der rechtsgerichteten Mehrheitsregierung zeigt ein recht griesgrämiges Gesicht und empfängt die nach langer Wanderschaft durch die Wüste ankommenden müden Wanderer mit unfreundlichen Regenschauern und allerlei Sturmböen, die vielen einen längeren Aufenthalt in diesen Gefilden nicht besonders ratsam erscheinen lassen.

Ein einziner vielleicht Frühling kündender Sonnenstrahl leuchtete in diesen „Winter unsres Mißvergnügens", in den uns diese Rede hineinführte. Das war die kategorische Erklärung Dr. Schneiders, eher würde das Kabinett gewechselt werden, als auf Dr. Stresemanns Außenpolitik verzichtet. Aber wir haben vorläufig noch nicht allzuviel Vertrauen in diesen einzigen Sonnenstrahl. Die These Dr. Schneiders ist leichter ausgesprochen als praktisch durchgeführt. Wird das so leicht sein? Denn zur Beantwortung dieser Frage genügt ja, wie uns Dr. Schneider zugeben wird, noch nicht der Hinweis auf die ziffernmäßige Stärke der jetzigen Regierungsmehrheit und die sich aus ihr ergebende Tatsache, daß die Deutsche Volkspartei das Kabinett eventuell stürzen kann. Die Außenpolitik Dr. Stresemanns ist bekanntlich nicht von der Persönlichkeit Dr. Stresemanns zu trennen, und diese Persönlichkeit besitzt ja, wie ebenso bekannt ist, neben der offenen Gegnerschaft bei den Deutschnationalen noch allerlei versteckte Gegner in den Reihen des Zentrums, das aus ganz bestimmten Gründen zur Abwechslung nicht so ungern einmal wieder das Außenministerium übernehmen würde. Und daß ein Widerstand der Deutschen Volkspartei schon psychologisch dann nicht leicht sein wird, wenn eines Tages sich Zentrum und Deutschnationale vielleicht über die Person des jetzigen deutschen Außenministers einigen sollten, erachten wir durch die Vorgänge bei der letzten Krise als recht deutlich erwiesen.

* * *

Daß Dr. Stresemann seine Außenpolitik ungestörter verfolgen konnte, ehe sein Fraktionskollege Dr. Scholz ihn zum Minister eines Rechtsblocks machte, wird leider jetzt schon noch vor der Regierungserklärung immer deutlicher. Am Tage nach der Bildung des Kabinetts bereits suchte die „Kreuzzeitung" einen Strich zwischen den deutschnationalen Ministern und Herrn Dr. Stresemann zu ziehen und gleichzeitig die Bedeutung der Persönlichkeit Stresemanns im neuen Kabinett durch den Hinweis zu mindern, daß „das Außenamt keine persönliche Domäne sei". Und auf diese ernste Drohung erfolgte nunmehr gestern „der Bombenwurf Hugenbergs", wie man in Berlin sagt.

Im „Lokalanzeiger", einem Blatt, das neben dem Abdruck der politischen Aufsätze des volksparteilichen Abgeordneten Dr. Heinze seine besondere politische Domäne in der gehässigsten Bekämpfung Dr. Stresemanns sieht, wird der deutsche Reichsaußenminister in einer Art und Weise angegriffen, als lebten die Deutschnationalen und ihre Presse noch in frisch-fröhlicher Opposition. Man sucht die Mitverantwortlichkeit der deutschnationalen Minister an dem Beschlusse des Reichskabinetts in der Frage der Ostfestungen zu leugnen und behauptet, der rasche Beschluß des Rumpfkabinetts am Montag sei ein besonders heimtückisches Spiel des verhaßten Reichsaußenministers, der rasch noch vor Eintritt der Deutschnationalen die Entwaffnungsfrage unter Dach und Fach bringen wollte.

* * *

Das ist natürlich eine völlig verzerrte Darstellung der Sachlage. Die deutschnationalen Minister sind am Montag freiwillig dem Kabinettsrat ferngeblieben, weil ihre Fraktion sich in der Frage Hergt-Graef noch nicht einig geworden war. Eine Verschiebung des Kabinettsrats war aber nicht möglich, da man ohnehin mit dem Beschluß über die Festungen bis zum allerletzten Termin gewartet hatte. Bis zum Montag abend mußte die Entscheidung fallen, sonst wäre die ganze Angelegenheit, wie es gewisse rechtsstehende französische Kreise wohlweislich betrieben, vor das Haager Schiedsgericht gekommen. Dort aber hätte in erster Linie die juristische Seite der Angelegenheit zur Debatte gestanden und wir hätten ganz sicher schlechter abgeschnitten als jetzt in Paris.

Diesen Erwägungen haben sich auch die deutschen militärischen Sachverständigen und Vertreter der Reichswehr nicht entziehen können und sie haben es vorgezogen, sich mit Foch und den interalliierten Generälen auf der Basis sachlicher und tatsächlicher Erwägungen zu einigen. So wurden zwar nicht alle unsre Wünsche erfüllt, aber Deutschland schneidet in dieser Frage doch besser ab, als man erwartet hatte. Die Deutschnationalen aber haben wieder einmal Angst vor ihren Wählern und möchten das alte Spiel vom Jahre 1925 wiederholen: ihre wirtschaftspolitischen und zollpolitischen Interessen im Kabinett zu hundert Prozent durchzusetzen, sobald aber eine kritische und im Augenblick vielleicht unpopulär machende Entscheidung herangereift ist, jede Mitverantwortung abzulehnen.

* * *

Wenn in diesem Zusammenhange von der Hugenberg-Presse erklärt wird, Dr. Stresemann sei „der Vater all der Schwierigkeiten", die die Herren Hergt und Graef im Parlament gefunden hätten, und er habe mit ihnen nicht zusammenarbeiten wollen, so bedeutet das nach der Meinung des weitaus größten Teiles des deutschen Volkes lediglich ein Lob für den deutschen Reichsaußenminister.

Der Abgeordnete Hergt hatte am 24. Oktober 1923 erklärt: „Ich rufe Stresemann zu: Deine Stunde ist gekommen! Du darfst die Regierung der Mißerfolge nicht zur Regierung der Reichszertrümmerung werden lassen", und am 29. November 1925: „Der Geist von Locarno ist für uns ein Geist, der stets verneint. Was wir im Völkerbund treiben, können wir keine deutsche Politik nennen. Darum Kampf gegen Locarno!" Und am 3. Dezember 1925: „Locarno wird niemals von den Deutschnationalen anerkannt werden."

Herr Hergt hat sich in den Jahren von 1923 bis 1927 ebensowenig als Prophet bewährt, wie seinerzeit bei Beginn des U-Boot-Krieges und nach der amerikanischen Kriegserklärung. Stresemann hat das Reich nicht zertrümmert, sondern neu gezimmert, und die Deutschnationalen erkennen heute Locarno an, das sie „niemals" anerkennen wollten, und Herr Hergt tritt mit diesem Bekenntnis sogar ein wichtiges Amt in dem Kabinett an, dessen außenpolitische Aufgabe der Ausbau von Locarno ist. Aber konnte man es dem deutschen Reichsaußenminister verdenken, daß er, wenn schon Hergt dank der Fehler des Herrn Dr. Scholz Vizekanzler werden mußte, nicht auch noch die Mehrbelastung durch den rechtsradikalen Heißsporn Graef dulden wollte?

Auch nach deren Entfernung sind die Aussichten, daß Stresemann und Hergt wirklich zum Wohle Deutschlands sachlich zusammenarbeiten können, angesichts der Diskrepanz ihrer Anschauungen und noch mehr ihrer geistigen Fähigkeiten außerordentlich gering. Unter allen Umständen aber muß energisch verlangt werden, daß in der morgigen Regierungserklärung offen und ehrlich die Fortsetzung des bisherigen außenpolitischen Kurses festgelegt und die Deutschnationalen in einer für jedermann sichtbaren und klaren Form auf diesen Kurs verpflichtet werden. Ferner ist es notwendig, daß sie es lernen, ihre Parteipresse zu zügeln, und daß die bisherige zügellose Agitation gegen Dr. Stresemann endlich eingestellt wird.

Th. Seh.

Ein schlechter Tausch

Scharfe Kritik des Abg. Dr. Schneider an der neuen Regierung

* Dresden, 2. Februar

In einer Mitgliederversammlung der Deutschen Volkspartei sprach gestern abend Reichstagsabgeordneter Dr. Schneider über die politische Lage im Reiche. Er gab einen historischen Ueberblick über

die Vorgänge, die zum Sturz der letzten Regierung führten

und bedauerte es, daß gleichzeitig mit dem Sturz der Regierung die Vertagung erfolgte, ein Vorgang, durch den die Kritik am Parlamentarismus ganz außerordentlich verstärkt worden war. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei im Aeltestenausschuß würden dafür sorgen, daß ein derartiger Vorgang sich künftig nicht wiederholt. Dr. Schneider kam dann auf das neue Kabinett zu sprechen und erklärte u. a. folgendes: „Ueber die Lösung, die die Krisis nun gefunden hat, herrscht in der Deutschen Volkspartei wohl kaum Zufriedenheit,

Dr. Stresemann z. B. ist, wie ich versichern kann, alles andre als zufrieden.

Das Ziel war, nachdem die Politik der wechselnden Mehrheiten am Ende ihres Latein angekommen und eine Regierung der Großen Koalition durch die bekannte Rede Scheidemanns unmöglich geworden war, die Schaffung einer Mehrheitsregierung mit Einschluß der Rechten. Aber wie sieht die neue Mehrheitsregierung aus? Von 403 Mandaten verfügt sie über 250 Stimmen. Dr. Wirth und einige andre Abgeordnete vom linken Flügel des Zentrums haben bereits erklärt, daß sie gegen das Kabinett stimmen würden.

Die Mehrheitsregierung, die keine ist,

wird also abhängig sein von der Wirtschaftspartei, von Leuten wie Drewitz und Bredt, von einer Partei, die es fertig bringt, Hausbesitzern und Mietern gleichzeitig Versprechungen zu machen, die in außenpolitischen Fragen jederzeit uneinheitlich stimmt, aber von Fall zu Fall ihre Stimmen so teuer wie möglich zu verkaufen weiß." Dr. Schneider bedauerte in diesem Zusammenhang den Beschluß der Demokraten, dem neuen Kabinett fernzustehen. Dann zeichnete er

ein Bild des Verhältnisses der Regierungsparteien untereinander,

das alles andre als erfreulich ist. „Die Wirtschaft, Industrie und Landbund, betrachten mit Sorge das Treiben des radikalen Flügels der Deutschnationalen, der Herren Quaatz und Freytag-Loringhofen. Die gewerkschaftlichen Richtungen der Deutschnationalen und der Zentrumspartei wenden sich mit dem Schlagwort „Besitzbürgerblock" in erster Linie gegen die Volkspartei. In der Deutschnationalen Partei suchen katholische Elemente (Spahn) Brücken zum Zentrum zu schlagen, „damit", wie man in diesen Kreisen sagt, „die Volkspartei und die in ihr wirksamen internationalen Kräfte zur Einflußlosigkeit gedrängt werden". Man meint, mit diesen „internationalen Kräften" natürlich die Politik Stresemanns. Anderseits erklärt, ganz im Gegensatz zu diesen auf Schaffung eines Konkordats gerichteten Bestrebungen, der Deutschnationale Steiniger, daß man vielleicht auch einmal Brücken zur Sozialdemokratie schlagen müsse, um klerikale Einflüsse abzuwenden. Also auch hier ein Riß. Den schwersten Stand in der Regierung wird demnach die Volkspartei haben. Aber auch

in ihrer personellen Zusammensetzung war die bisherige Regierung bei weitem besser als die jetzige.

Man denke nur etwa an den Ersatz von Dr. Reinhold durch Dr. Köhler. Hier werden – milde ausgedrückt – die großen Zukunftsaufgaben in der Regelung unsrer internationalen Zahlungsverpflichtungen mindestens erschwert und die unerläßliche Kontinuität unterbrochen." Diese pessimistische Beurteilung des neuen Kabinetts, die sich auch auf seine Lebensdauer erstreckte, glaubte der Redner dennoch mit einem optimistischeren Ausblick beschließen zu können. „Ruhender Pol unsrer Politik ist" – so erklärte er – „ohne Zweifel Dr. Stresemann mit der von ihm geführten Außenpolitik. Wenn das jetzige Kabinett die Linien dieser Politik irgendwie stören sollte,

würde eher das Kabinett wechseln, als unsre Außenpolitik,

die eben doch getragen ist von dem weitaus größten Teile des deutschen Volkes. Diese Politik wird zwangsläufig weitergehen, und nur durch sie wird langsam und mühsam die Befreiung der zweiten und dritten Rheinlandzone erreicht werden."

Henri Lichtenberger in Berlin

B. Berlin, 2. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Professor Henri Lichtenberger von der Pariser Sorbonne hielt gestern im überfüllten Saale der Hochschule für Politik in Anwesenheit des preußischen Kultusministers Dr. Becker, des französischen Gesandten de Margerie und zahlreicher Vertreter der Literatur und Wissenschaft seinen ersten Berliner Vortrag. Der Vortragende betonte den Unterschied zwischen Weltbürgertum und Pazifismus. Er bezeichnete als sein Ziel eine Vereinigung von nationalen Empfindungen und Weltbürgertum.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19270203/1